

Die Rolle der EZB bei dem 2. großen Euro-Rettungspaket

Die EZB und die fatalen Folgen des Wochenendes vom 8-9. Mai 2010.

Von Andres Müller

Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verbietet in Artikel 123 ausdrücklich den unmittelbaren Erwerb öffentlicher Schuldtitel durch die EZB. Der Artikel 125 schließt die Haftung für die Staatsschulden anderer Euro-Länder aus.

Doch was scheren sich heute die Staatsoberhäupter, Regierungen und Parlamente der EU-Länder um die eigenen Verträge? Sie brechen sie – als ob sie nicht existierten. Weil **„es gilt, den Euro zu retten, koste es was es wolle!“** (EU-Kommissionspräsident Barroso). An jenem historischen Mai-Wochenende verpflichteten sie nicht nur ihre eigenen Länder, für die Schulden der Euroländer zu bürgen und ihnen die notwendig werdenden Kredite zu gewähren, sie verpflichteten auch die EZB, von nun an Staatsanleihen der in Zahlungsnot geratenen Euro-Staaten aufzukaufen. Somit wurde der Vertrag gleich zweimal gebrochen.

Welches Gericht ist für einen derartigen Vertragsbruch zuständig? Für solche Vergehen ist das Volk zuständig. Es wurde von seinen Politikern hintergangen – es hat die Schäden auch zu schultern! Das sei jenen Eigenbröttern ins Logbuch geschrieben, die glauben, das Bundesverfassungsgericht werde der Politik in die Parade fahren.

Die EZB kauft seit dem 10. Mai 2010 die staatlichen Ramschpapiere von den europäischen und internationalen Banken, von Versicherungen und Wertpapierfonds (darunter die berüchtigten Hedgefonds) die ansonsten unverkäuflich wären! Über 40 Mrd. Euro hat die EZB bisher aufgekauft.¹ Wer trägt die Verluste? Die Eigentümer der EZB! Wer ist der größte Anteilseigner? Deutschland, das knapp 28 Prozent Eigenkapital an der EZB besitzt. Auch da werden die Milliarden hinfließen, die man im Rahmen des großen Sparpaketes den Deutschen jetzt abknöpft. Aber den Leuten wird erzählt, dass dies geschehen muss, weil auch wir in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse gelebt hätten.

Der Aufkauf der Ramschpapiere habe keine inflationäre Wirkung, behauptet Jean Claude Trichet, der EZB Präsident, weil die EZB gleichzeitig und in gleicher Höhe bei den Banken Gelder (Laufzeit 1 Woche) einsammle, die nur mit maximal 1 Prozent verzinst werden.² Und das nimmt ihm die Öffentlichkeit ab und die Fachleute bezichtigen ihn nicht der unverhohlenen Lüge? Er scheint es gewöhnt zu sein, dass man solchen Widersinn einem Theo Waigel oder eine Wolfgang Schäuble erzählen kann. Aber auch keiner unserer renommierten Ökonomen hat es gewagt, ihn bloßzustellen! Dabei ist sein Schwindel ganz offensichtlich: Denn nach einer Woche verfügen die Banken wieder über ihr Geld und über das zusätzliche Geld aus dem Verkauf der Ramschanleihen verfügen sie weiterhin, in eine unbegrenzte Zukunft. Und das soll nicht inflationär wirken?

Das Geld, das die Geschäftsbanken vorübergehend bei der EZB parken, hätten sie sowieso nicht in Umlauf gebracht, denn sie misstrauen momentan ihren Artgenossen, sie fürchten, dass diese von heute auf morgen zahlungsunfähig werden könnten. Sie hätten ihre Gelder sowieso bei der EZB hinterlegt, weil der niedrige EZB-Zins immer noch mehr als gar nichts ist. So haben die europäischen Banken derzeit insgesamt 320 Mrd.

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.06.2010 Seite 17

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.05.2010 Seite 9.

Euro bei der EZB hinterlegt, anstatt das Geld zu höheren Zinsen anderen Banken zu leihen.³

© www.hpatzak.de 10.06.2010

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.06.2010 Seite 20.